

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der LBS wurde gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederungen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den Formblättern der RechKredV. Im amtlichen Formblatt vorgeordnete, aber nicht belegte Positionen wurden nicht aufgeführt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert ausgewiesen. Bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren wurden die Agien und Disagien in den entsprechenden Forderungspositionen mit ausgewiesen und zeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt.

Für erkennbare Risiken wurden in ausreichender Höhe Einzelwertberichtigungen gebildet. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und in geringem Umfang pauschalierte Einzelwertberichtigungen, die keinen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage haben.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve wurde mit den aktuellen Börsenkursen, höchstens aber zu den Anschaffungskosten angesetzt.

Die Schuldverschreibungen und Spezialfonds des Anlagevermögens (Finanzanlagebestand) wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Daher werden die Anschaffungskosten fortgeführt, wenn keine Sachverhalte für eine dauerhafte Wertminderung gegeben sind. Die

Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen wurden zeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt.

Bezüglich der verlustfreien Bewertung des Anlagebuchs gemäß IDW RS BFA 3 hat die LBS auf Basis eines barwertigen Verfahrens die Notwendigkeit der Bildung einer Rückstellung berechnet. Eine Rückstellung nach § 340a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB ist nicht erforderlich. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Anlagewerte sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen. Im Berichtsjahr angeschaffte bewegliche Wirtschaftsgüter wurden linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von über 150 € bis 1.000 € wurden in Sammelposten zusammengefasst und über 5 Jahre linear abgeschrieben.

Das Wahlrecht zum Ansatz von aktiven latenten Steuern wurde in Anspruch genommen.

Die gesamten Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert. Erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten wurde in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme mit der Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Die passiven Rechnungsabgrenzungen erfolgten zinsanteilig. Bei der Frage der Vereinnahmung von

Darlehensgebühren orientiert sich die LBS aus Objektivierungsgründen an deren steuerlichen Behandlung. Aufgrund eines Urteils des BFH hat sich die steuerliche Praxis zur Abgrenzbarkeit von Darlehensgebühren geändert. Die LBS hat daher die Bilanzierung im Hinblick darauf im Geschäftsjahr angepasst und nimmt eine sofortige Vereinnahmung der Darlehensgebühren vor.

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen basiert auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren (sog. „Projected-Unit-Credit“-Methode).

Die Pensionsrückstellungen sowie die Rückstellungen für Vorruhestand, Freistellungen, Beihilfen und Jubiläumsszahlungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck ermittelt und mit einem einheitlichen Rechnungszins (durchschnittlicher Marktzins der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt) von 5,05 % gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Im Vorjahr betrug der Zinssatz 5,14 %. Die Aufzinsung sowie die Auswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinssatzes wurden im Zinsergebnis ausgewiesen. Bei den Pensionsrückstellungen wurden zukünftige jährliche Gehaltssteigerungen von 3,0 % sowie Rentensteigerungen von 2,6 % unterstellt. Das Wahlrecht gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB für Pensionsrückstellungen wurde in Anspruch genommen. Gemäß den Allgemeinen Geschäftsgrundsätzen (AGG) der Bausparkasse wurde die Überprüfung zur Pflichtzuführung zum Fonds zur baupartechnischen Absicherung auf Basis der Umlaufrendite tarifbesteuertester festverzinslicher Wertpapiere lt. Bundesbankbericht vorgenommen.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) bis drei Monate	337,4	(216,8)
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	337,0	(77,6)
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.614,8	(708,4)
d) mehr als fünf Jahre	1.686,9	(3.091,9)
	3.976,1	(4.094,7)

103 T€ (Vorjahr 34 T€) entfielen auf Forderungen an verbundene Unternehmen.

Nachrangige Forderungen bestanden in Höhe von 45,2 Mio. € (Vorjahr 42,1 Mio. €).

In dieser Position sind 5,6 Mio. € (Vorjahr 9,0 Mio. €) Agien und 3,3 Mio. € (Vorjahr 3,9 Mio. €) Disagien bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren enthalten.

Forderungen an Kunden

Die Zins- und Tilgungsrückstände aus langfristigen Baudarlehen bei Darlehensnehmern mit Rückständen von über drei Monatsraten betragen 5,0 Mio. € (Vorjahr 5,3 Mio. €). Dies waren 0,13 % (Vorjahr 0,14 %) der langfristigen Baudarlehen bzw. 0,67 % (Vorjahr 0,73 %) des hierauf entfallenden Aufkommens an Zins und Tilgung.

Die noch nicht ausgezahlten bereitgestellten Baudarlehen betragen:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) aus Zuteilungen	229,0	(260,5)
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	116,6	(130,3)
c) sonstige	1,3	(-,)
	346,9	(390,8)

Forderungen an verbundene Unternehmen waren nicht enthalten.

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) bis drei Monate	210,3	(231,2)
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	397,3	(415,4)
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.749,3	(1.846,2)
d) mehr als fünf Jahre	2.044,0	(1.896,5)
	4.400,9	(4.389,3)
darunter: Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	1,9	(2,1)

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Es handelt sich ausschließlich um börsenfähige Wertpapiere. Die Position enthält börsennotierte Wertpapiere in Höhe von 1.236,2 Mio. € (Vorjahr 1.207,1 Mio. €).

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Position beinhaltet ausschließlich Anteile an nicht börsenfähigen Spezialfonds.

Spezialfonds: (in Mio. €)	Zuordnung	Buchwert	Marktwert	Diff. zw. Buchwert/ Marktwert	Ausschüttung im Geschäftsjahr
Aasee	Anlagebestand	120,0	132,7	12,7	2,5
Alter Fischmarkt	Anlagebestand	120,0	131,8	11,8	0,0
Drubbel	Anlagebestand	120,0	122,9	2,9	0,0
Himmelreich	Anlagebestand	120,0	133,7	13,7	2,7
Kiepenkerl	Liquiditätsreserve	100,0	112,8	12,8	1,9
Mühlenhof	Liquiditätsreserve	50,0	54,3	4,3	0,0
Prinzipalmarkt	Anlagebestand	120,0	133,8	13,8	2,3
Roggenmarkt	Anlagebestand	120,0	132,4	12,4	0,0
Zoo	Liquiditätsreserve	101,1	117,6	16,5	2,3

Zweck der Anlage in Spezialfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikostreuung. Die Spezialfonds investieren ausschließlich in festverzinsliche Wertpapiere.

Mit dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wurden die dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere des Finanzanlagebestands mit einem Buchwert von 699,2 Mio. € (Vorjahr 494,6 Mio. €). Sie verfügen über einen Marktwert in Höhe von 750,9 Mio. € (Vorjahr 484,9 Mio. €). Darin enthalten sind Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 20,1 Mio. € (Vorjahr 200,5 Mio. €), die nicht mit dem niedrigeren Zeitwert bewertet wurden, da von einer dauerhaften Wertminderung nicht auszugehen ist. Der Zeitwert dieser Wertpapiere betrug 20,1 Mio. € (Vorjahr 182,4 Mio. €).

In der Position sind 2,1 Mio. € (Vorjahr 2,1 Mio. €) nachrangige Wertpapiere enthalten.

Im Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, werden Beträge in Höhe von 77,8 Mio. € (Vorjahr 130,2 Mio. €) fällig.

Es bestehen keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe von Fondsanteilen.

Beteiligungen

Sämtliche Beteiligungen sind nicht börsenfähig.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Als Unternehmen von wesentlicher Bedeutung sind zu nennen:	Kapitalanteil v. H.	gezeichnetes Kapital Mio. €	Ergebnis T€
LBS Landesbausparkasse Bremen AG, Bremen	74,98	9,0	1.728*
LBS Immobilien GmbH, Münster	100,00	1,3	1.954**

* Ergebnis im Vorjahr. Ein festgestellter Jahresabschluss für 2012 liegt noch nicht vor.

** Bis zum 31.12.2012 bestand ein Ergebnisabführungsvertrag mit der LBS.

Die Anteile an der LBS Bremen AG wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 7,2 Mio. € auf den niedrigeren beizulegenden Wert (36,0 Mio. €) abgeschrieben.

Sämtliche Anteile an verbundenen Unternehmen sind nicht börsenfähig.

Anlagevermögen

Anlagespiegel (Mio. €)	Grundstücke u. Gebäude für den eigenen Geschäftsbetrieb	Betriebs- u. Geschäftsausstattung	Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens	Aktien und andere nicht festverzinsl. Wertpapiere (Spezialfonds)
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten							
01.01.2012	53,0	49,4	64,0	0,2	54,1	494,6	520,0
Zugänge	-	2,1	0,1	-	-	226,7	200,0
Zuschreibungen	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	5,0	0,2	-	-	22,1	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-
31.12.2012	53,0	46,5	63,9	0,2	54,1	699,2	720,0
Abschreibungen							
01.01.2012	11,7	38,1	63,7	-	0,1	-	-
Zugänge	0,8	2,6	0,2	-	7,2	-	-
Abgänge	-	4,9	0,2	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-
31.12.2012	12,5	35,8	63,7	-	7,3	-	-
Buchwert							
31.12.2012	40,5	10,7	0,2	0,2	46,8	699,2	720,0
Buchwert Vorjahr	41,3	11,3	0,3	0,2	54,0	494,6	520,0

Immaterielle Anlagewerte

Die Position beinhaltet ausschließlich Software und Softwarelizenzen.

Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind 0,1 Mio. € (Vorjahr 2,1 Mio. €) Steuererstattungsansprüche aus vorausgezahlten Ertragsteuern enthalten.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren überwiegend aus den höheren Ansätzen von Pensionsrückstellungen in der Handelsbilanz, den Ausschüttungsverzichten ordentlicher Erträge bei den Spezialfonds sowie der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB.

Als Steuersatz für die Berechnung der latenten Steuern wurden 31,93 % angesetzt.

Es besteht eine Ausschüttungssperre gemäß § 268 Abs. 8 HGB in Höhe der aktiven latenten Steuern, die jedoch aufgrund der bestehenden frei verfügbaren Rücklagen keine Auswirkung auf eine mögliche Ausschüttung des Bilanzgewinns hat.

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) bis drei Monate	9,7	(9,8)
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	-,-	(-,-)
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-,-	(-,-)
d) mehr als fünf Jahre	1,4	(-,-)
	11,1	(9,8)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfielen 611 T € (Vorjahr 622 T €).

Sonstige Verbindlichkeiten

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfielen 15,9 Mio. € (Vorjahr 16,9 Mio. €) auf noch abzuführende Steuern sowie 4,4 Mio. € (Vorjahr

8,5 Mio. €) auf passivierte anteilige Zinsen für die Genussscheine und die nachrangigen Schuldscheindarlehen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde für Agien bei Bauspardarlehen gebildet, die zinsanteilig auf Einzelvertragsebene berechnet werden. Der bislang für Darlehensgebühren gebildete passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 8,9 Mio. € wurde zugunsten der Provisionserträge aufgelöst. Durch die geänderte steuerliche Handhabung hat sich der Ertragssteueraufwand um 2,9 Mio. € erhöht.

Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag bei den Pensionsrückstellungen (ohne Deferred Compensation) in Höhe von 89,3 Mio. € zum 01.01.2009, der sich aus der Differenz zwischen der alten HGB-Berechnung und der neuen Berechnung gemäß BilMoG ergibt, ist bis zum 31. Dezember 2023 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel anzusammeln. Zum Bilanzstichtag bestand eine Unterdeckung in Höhe von 65,5 Mio. € (Vorjahr 71,5 Mio. €).

Fonds zur bauspartechnischen Absicherung

Im Berichtsjahr erfolgte keine freiwillige Zuführung (Vorjahr 139 T €).

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 112,5 Mio. € zum Zinssatz von 5,765 % p. a. hatten eine Laufzeit bis zum 10. Mai 2012. Zum 1. Dezember 2006 wurden weitere nachrangige

Verbindlichkeiten in Höhe von 30 Mio. € aufgenommen zu einem Zinssatz von 4,349 % und einer Laufzeit bis zum 1. Dezember 2016. Es besteht keine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung. Die Anforderungen des § 10 KWG sind erfüllt. Auf das abgelaufene Jahr entfielen Zinsaufwendungen in Höhe von 3.609 T€ (Vorjahr 7.779 T€). Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder in andere Schuldformen ist nicht vereinbart und nicht vorgesehen.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Hier sind die bewilligten, aber noch nicht abgerufenen Baudarlehen in Höhe von 146,5 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr 168,4 Mio. €). Über den normalen Geschäftsbetrieb hinausgehende Risiken sind nicht erkennbar.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Miet- und Leasingverpflichtungen bestehen bei der LBS in Höhe von jährlich 1.058 T€ (Vorjahr 1.160 T€).

Zinsaufwendungen

Die Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf die Personalrückstellungen. Hierbei resultieren 6,0 Mio. € (Vorjahr 1,3 Mio. €) aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes.

Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €) resultieren aus der Auflösung von Rückstellungen. Des Weiteren wurden 6,7 Mio. € (Vorjahr -,-) Zinsen aufgrund von Steuererstattungen aus Vorjahren vereinnahmt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Position beinhaltet 3,4 Mio. € (Vorjahr 4,5 Mio. €) Zuführungen zu diversen Rückstellungen sowie 2,9 Mio. € (Vorjahr -,-) Zinsen auf Steuernachforderungen.

Außerordentliche Aufwendungen

In den außerordentlichen Aufwendungen wird die anteilige Zuführung (ein Fünftel) zu den gemäß BilMoG neu bewerteten Pensionsrückstellungen (ohne Deferred Compensation) ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag für die Vorjahre betragen 4,9 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €). Erstattungen von Ertragsteuern aus den Vorjahren beliefen sich auf 10,8 Mio. € (Vorjahr 1,0 Mio. €).

Mandate von Vorstandsmitgliedern der LBS

Mitglieder des Aufsichtsrates der LBS Landesbausparkasse Bremen AG: Dr. Gerhard Schlangen (Vorsitzender), Dr. Franz Schlarmann. Mitglied des Aufsichtsrates im Deutschen Sparkassenverlag GmbH: Dr. Gerhard Schlangen.

Stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates der SIZ Informatikzentrum der Sparkassenorganisation GmbH: Dr. Franz Schlarmann.

Mandate von Mitarbeitern der LBS

Mitglied des Aufsichtsrates der LBS Landesbausparkasse Bremen AG: Dr. Martin Gründer.

Sonstige Pflichtangaben

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Landesbausparkasse 774 (Vorjahr 787) Mitarbeiter

beschäftigt, davon waren 390 (Vorjahr 383) weiblich und 384 (Vorjahr 404) männlich. Des Weiteren beschäftigte die LBS 32 (Vorjahr 35) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Ausbildungs- oder ausbildungsähnlichen Verhältnis. Die Aufwendungen für die Abschlussprüfungsleistungen des Jahresabschlussprüfers betragen im Geschäftsjahr 225 T€ (Vorjahr 237 T€). Für andere Bestätigungsleistungen entstanden Kosten in Höhe von 6 T€ (Vorjahr 6 T€) sowie für sonstige Leistungen in Höhe von 29 T€ (Vorjahr 17 T€). Den Mitgliedern der Trägerversammlung wurden 107 T€ (Vorjahr 108 T€) vergütet. An die Mitglieder der Organe der LBS waren 121 T€ (Vorjahr 64 T€) an Darlehen ausgereicht. Für ehemalige Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen in Höhe von 8.054 T€ (Vorjahr 7.656 T€).

Transparenzgesetz

Berichterstattung über die Bezüge und die Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien gemäß § 35 Abs. 5 und 7 in Verbindung mit § 19 Abs. 5 SpKG NRW.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands in 2012

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen grundsätzlich auf fünf Jahre befristete Dienstverträge.

Neben den festen Bezügen (Grundbetrag und Allgemeine Zulage) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundbetrags gewährt werden.

Die Leistungszulage wird jährlich durch den Hauptausschuss des Verwaltungsrates festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten.

Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Die sonstige Vergütung betrifft im Wesentlichen den Sachbezug aus der privaten Nutzung eines Dienstfahrzeugs.

Vorstand	Grundbetrag und Allgemeine Zulage (T€)	Leistungszulage (T€)	Sonstige Vergütung (T€)	Gesamtvergütung (T€)
Schlangen, Dr. Gerhard Vorsitzender	479,1	54,0	19,0	552,1
Schlarmann, Dr. Franz Mitglied	392,0	43,4	16,4	451,8
Körbi, Uwe Mitglied	392,0	(anteilig) 10,8	32,7	435,5
Summe	1.263,1	108,2	68,1	1.439,4

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der LBS tätigen Mitglieder des Vorstands folgende Pensionsansprüche:

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifenwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2012 T€	Davon im Jahr 2012 der Pensionsrückstellung zugeführt T€
Schlangen, Dr. Gerhard – Vorsitzender	3.683,7	363,3
Schlarmann, Dr. Franz – Mitglied	2.549,3	242,9
Körbi, Uwe – Mitglied	1.611,2	301,9
Summe	7.844,2	908,1

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates und des Hauptausschusses der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse wird ein Sitzungsgeld von 200 € je Sitzung gezahlt. Ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten für die Tätigkeit im Verwaltungsrat einen Pauschalbetrag von 7.000 € p.a. sowie von 3.500 € p.a., sofern sie Mitglied im Hauptausschuss sind. Der Vorsitzende

des Verwaltungsrates erhält einen Zuschlag von 7.000 € p.a., sein Stellvertreter erhält einen Zuschlag von 3.500 € p.a.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2012 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	€*	Name	€*
Beckhoff, Uwe	7.600,00	Landscheidt, Prof. Dr. Christoph	7.600,00
Breuer, Michael	11.700,00	Meistes, Wolfgang	7.600,00
Fleischer, Ralf	7.600,00	Moenikes, Georg	7.600,00
Franz, Wolfgang	7.600,00	Schäper, Doris	7.600,00
Gerlach, Dr. Rolf	11.700,00	Schulze-Frieling, Martina	11.700,00
Goldmann, Volker	16.366,67	Vaupel, Dr. h. c. Peter H.	17.533,33
Hessel, Manuela	11.700,00	Wannhoff, Jürgen	7.400,00
Jahnke, Rainer	7.600,00	Wateler, Horst	5.941,67
Kubendorff, Thomas	7.200,00		
		Insgesamt	162.041,67

* Beträge ohne Steuern und Fahrtkostenerstattung

Verwaltungsrat

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bochum
stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates
bis 28.08.2012
Vorsitzender des Verwaltungsrates
seit 28.08.2012

Dr. h. c. Peter H. Vaupel

Vorsitzender des Vorstandes
Stadtsparkasse Wuppertal
Vorsitzender des Verwaltungsrates
bis 28.08.2012
stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates
seit 28.08.2012

Uwe Beckhoff

Beschäftigtenvertreter
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Michael Breuer

Präsident
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Wolfgang Franz

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Burbach-Neunkirchen

Dr. Rolf Gerlach

Präsident
Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Manuela Hessel

Vorsitzende des örtlichen Personalrates Münster
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Rainer Jahnke

Vorsitzender des Vorstandes
Stadtsparkasse Wermelskirchen

Thomas Kubendorff

Landrat, Steinfurt

Prof. Dr. Christoph Landscheidt

Bürgermeister, Kamp-Lintfort

Wolfgang Meistes

Beschäftigtenvertreter
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Georg Moenikes

Bürgermeister, Emsdetten

Doris Schäper

Beschäftigtenvertreterin
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Martina Schulze-Frieling

Vorsitzende des Gesamtpersonalrates
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Horst Wateler

Vorsitzender des Vorstandes
Stadtsparkasse Mönchengladbach
seit 12.03.2012

Ständige Vertreter nach

§ 7 Abs. 2 der Satzung

Ralf Fleischer

Verbandsgeschäftsführer

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Jürgen Wannhoff

Vizepräsident

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Trägerversammlung

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Bochum

stellv. Sitzungsleitung bis 28.08.2012

Sitzungsleitung seit 28.08.2012

Dr. h. c. Peter H. Vaupel

Vorsitzender des Vorstandes

Stadtsparkasse Wuppertal

Sitzungsleitung bis 28.08.2012

stellv. Sitzungsleitung seit 28.08.2012

Michael Breuer

Präsident

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Dr. Rolf Gerlach

Präsident

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Frank Grebe

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt

Bernhard Halbe

Bürgermeister, Schmallenberg

Franz Haug

Oberbürgermeister a. D., Solingen

Lothar Heinemann

Vorsitzender des Vorstandes

Stadt-Sparkasse Solingen

Thomas Hendele

Landrat, Mettmann

Dr. Ottilie Scholz

Oberbürgermeisterin, Bochum

Thomas Hunsteger-Petermann

Oberbürgermeister, Hamm

Hans-Werner Tomalak

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Duisburg

seit 12.03.2012

Ludger Kreyerhoff

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gladbeck

Maria Unger

Bürgermeisterin, Gütersloh

Hans Laven

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Paderborn

Karlheinz Merzig

Vorsitzender des Vorstandes

Stadtsparkasse Oberhausen

bis 12.03.2012

Herbert Napp

Bürgermeister, Neuss

Karl-Heinz Otto

Bürgermeister, Goch

Meinolf Päsch

Mitglied des Stadtrates, Delbrück

Erhard Pierlings

Bürgermeister, Meinerzhagen

Günter Rosenke

Landrat, Euskirchen

Ständige Vertreter

nach § 12 Abs. 2 der Satzung

Ralf Fleischer

Verbandsgeschäftsführer

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Jürgen Wannhoff

Vizepräsident

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Vertrauensmann

(nach § 12 Bausparkassengesetz)

Ralph Brinkhaus, MdB

Vorstand

Dr. Gerhard Schlangen

Vorsitzender des Vorstands

Uwe Körbi

Dr. Franz Schlarmann

Münster, 5. März 2013

Der Vorstand



Dr. Gerhard Schlangen



Dr. Franz Schlarmann



Uwe Körbi

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Münster, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bausparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger

Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bausparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bausparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bausparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 22. März 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eberhard Feil
Wirtschaftsprüfer

ppa. Thomas Apitzsch
Wirtschaftsprüfer

STATISTISCHER ANHANG ZUM LAGEBERICHT – LBS BESTANDSBEWEGUNG 01.01. – 31.12.2012

Gesamtbestand

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
A. Bestand am Ende des Vorjahres	2.329.147	56.027.961	273.091	6.250.516	2.602.238	62.278.477
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	277.101	8.065.527	–	–	277.101	8.065.527
2. Übertragung	7.551	227.658	893	23.617	8.444	251.275
3. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	53.055	847.005	–	–	53.055	847.005
4. Teilung	11.087	–	165	–	11.252	–
5. Zuteilung	–	–	154.104	2.916.015	154.104	2.916.015
6. Sonstige	38.306	1.249.110	411	11.534	38.717	1.260.644
Insgesamt:	387.100	10.389.300	155.573	2.951.166	542.673	13.340.466

C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	154.104	2.916.015	–	–	154.104	2.916.015
2. Herabsetzung	–	1.041.273	–	4.230	–	1.045.503
3. Auflösung	192.389	3.977.794	78.085	1.496.781	270.474	5.474.575
4. Übertragung	7.551	227.658	893	23.617	8.444	251.275
5. Zusammenlegung	611	–	2	–	613	–
6. Vertragsablauf	–	–	57.698	1.287.573	57.698	1.287.573
7. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	–	–	53.055	847.005	53.055	847.005
8. Sonstige	38.302	1.264.326	3	211	38.305	1.264.537
Insgesamt:	392.957	9.427.066	189.736	3.659.417	582.693	13.086.483

D. Zugang/Abgang	–5.857	962.234	–34.163	–708.251	–40.020	253.983
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	2.323.290	56.990.195	238.928	5.542.265	2.562.218	62.532.460
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	7.753	224.302	707	17.541	8.460	241.843

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2012	41.798	1.429.389
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	98.091	3.164.431

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Bestandes:	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
bis 10.000 €	1.040.907	8.959.675
über 10.000 bis 25.000 €	708.860	12.044.413
über 25.000 bis 50.000 €	336.790	13.316.730
über 50.000 bis 150.000 €	216.078	17.788.681
über 150.000 bis 250.000 €	16.434	3.089.521
über 250.000 bis 500.000 €	3.512	1.161.447
über 500.000 €	709	629.728
Insgesamt:	2.323.290	56.990.195

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 24.406 €

Tarife Classic

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
A. Bestand am Ende des Vorjahres	1.163.398	41.736.931	216.203	5.536.936	1.379.601	47.273.867
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	162.855	6.688.601	–	–	162.855	6.688.601
2. Übertragung	4.541	182.199	725	21.368	5.266	203.567
3. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	16.167	414.710	–	–	16.167	414.710
4. Teilung	8.365	–	90	–	8.455	–
5. Zuteilung	–	–	75.083	2.011.463	75.083	2.011.463
6. Sonstige	37.354	1.244.635	349	10.604	37.703	1.255.239
Insgesamt:	229.282	8.530.145	76.247	2.043.435	305.529	10.573.580

C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	75.083	2.011.463	–	–	75.083	2.011.463
2. Herabsetzung	–	973.126	–	4.065	–	977.191
3. Auflösung	98.577	2.823.784	35.366	1.004.294	133.943	3.828.078
4. Übertragung	4.541	182.199	725	21.368	5.266	203.567
5. Zusammenlegung	553	–	1	–	554	–
6. Vertragsablauf	–	–	45.606	1.126.218	45.606	1.126.218
7. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	–	–	16.167	414.710	16.167	414.710
8. Sonstige	32.897	1.210.281	3	208	32.900	1.210.489
Insgesamt:	211.651	7.200.853	97.868	2.570.863	309.519	9.771.716

D. Zugang/Abgang	17.631	1.329.292	–21.621	–527.428	–3.990	801.864
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.181.029	43.066.223	194.582	5.009.508	1.375.611	48.075.731
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	3.553	170.826	565	15.961	4.118	186.787

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2012		32.194 1.314.574
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr		64.063 2.766.951

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Bestandes:	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
bis 10.000 €		295.969 2.523.804
über 10.000 bis 25.000 €		364.649 6.740.188
über 25.000 bis 50.000 €		293.752 11.878.923
über 50.000 bis 150.000 €		206.279 17.098.394
über 150.000 bis 250.000 €		16.195 3.046.339
über 250.000 bis 500.000 €		3.479 1.151.339
über 500.000 €		706 627.236
Insgesamt:	1.181.029	43.066.223

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 34.949 €

STATISTISCHER ANHANG ZUM LAGEBERICHT – LBS BESTANDBEWEGUNG 01.01. – 31.12.2012

Tarife Vario

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
A. Bestand am Ende des Vorjahres	1.155.788	14.039.750	53.055	623.812	1.208.843	14.663.562
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	114.244	1.376.883	–	–	114.244	1.376.883
2. Übertragung	2.956	43.985	163	2.183	3.119	46.168
3. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	36.727	427.435	–	–	36.727	427.435
4. Teilung	2.712	–	74	–	2.786	–
5. Zuteilung	–	–	78.576	892.991	78.576	892.991
6. Sonstige	951	4.398	60	898	1.011	5.296
Insgesamt:	157.590	1.852.701	78.873	896.072	236.463	2.748.773

C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	78.576	892.991	–	–	78.576	892.991
2. Herabsetzung	–	67.845	–	165	–	68.010
3. Auflösung	92.865	1.135.429	42.267	483.216	135.132	1.618.645
4. Übertragung	2.956	43.985	163	2.183	3.119	46.168
5. Zusammenlegung	58	–	1	–	59	–
6. Vertragsablauf	–	–	10.883	133.524	10.883	133.524
7. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	–	–	36.727	427.435	36.727	427.435
8. Sonstige	5.404	53.968	0	3	5.404	53.971
Insgesamt:	179.859	2.194.218	90.041	1.046.526	269.900	3.240.744

D. Zugang/Abgang	–22.269	–341.517	–11.168	–150.454	–33.437	–491.971
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.133.519	13.698.233	41.887	473.358	1.175.406	14.171.591
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	4.068	50.084	133	1.451	4.201	51.535

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2012	9.604	114.815
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	34.028	397.480

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Bestandes:	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
bis 10.000 €	743.110	6.424.876
über 10.000 bis 25.000 €	341.127	5.260.116
über 25.000 bis 50.000 €	40.687	1.367.264
über 50.000 bis 150.000 €	8.365	598.781
über 150.000 bis 250.000 €	203	37.214
über 250.000 bis 500.000 €	24	7.490
über 500.000 €	3	2.492
Insgesamt:	1.133.519	13.698.233

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 12.057 €

Tarifgeneration bis April 1990

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
A. Bestand am Ende des Vorjahres	9.961	251.280	3.833	89.768	13.794	341.048
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	2	43	–	–	2	43
2. Übertragung	54	1.474	5	66	59	1.540
3. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	161	4.860	–	–	161	4.860
4. Teilung	10	–	1	–	11	–
5. Zuteilung	–	–	445	11.561	445	11.561
6. Sonstige	1	77	2	32	3	109
Insgesamt:	228	6.454	453	11.659	681	18.113

C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	445	11.561	–	–	445	11.561
2. Herabsetzung	–	302	–	0	–	302
3. Auflösung	947	18.581	452	9.271	1.399	27.852
4. Übertragung	54	1.474	5	66	59	1.540
5. Zusammenlegung	0	–	0	–	0	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.209	27.831	1.209	27.831
7. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	–	–	161	4.860	161	4.860
8. Sonstige	1	77	0	0	1	77
Insgesamt:	1.447	31.995	1.827	42.028	3.274	74.023

D. Zugang/Abgang	-1.219	-25.541	-1.374	-30.369	-2.593	-55.910
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	8.742	225.739	2.459	59.399	11.201	285.138
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	132	3.392	9	129	141	3.521

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2012	–	–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	–	–

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Bestandes:	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
bis 10.000 €	1.828	10.995
über 10.000 bis 25.000 €	3.084	44.109
über 25.000 bis 50.000 €	2.351	70.543
über 50.000 bis 150.000 €	1.434	91.506
über 150.000 bis 250.000 €	36	5.968
über 250.000 bis 500.000 €	9	2.618
über 500.000 €	0	0
Insgesamt:	8.742	225.739

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 25.456 €

STATISTISCHER ANHANG ZUM LAGEBERICHT – BEWEGUNG DER ZUTEILUNGSMASSE 01.01. – 31.12.2012

	€
A. Vortrag und Zuführungen	
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss)	
noch nicht ausgezahlte Beträge	7.650.945.491,15
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)	1.865.483.483,52
2. Tilgungsbeträge ¹ (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)	583.117.741,61
3. Zinsen auf Bauspareinlagen	184.123.499,50
4. Zuführung zum Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	0,00
Summe	10.283.670.215,78

B. Entnahmen und Überschuss	
I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
a) Bauspareinlagen	1.153.987.413,91
b) Baudarlehen	339.275.520,69
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	668.468.768,02
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres ²	8.121.938.513,16
Summe	10.283.670.215,78

Anmerkungen:


¹ Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge (Darlehensrückzahlungen).

² In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

- a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf zugeteilte Verträge in Höhe von 134.295.657,58 €
- b) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf gekündigte Verträge in Höhe von 101.569.054,67 €
- c) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen in Höhe von 228.962.144,58 €



LBS Westdeutsche Landesbausparkasse
Himmelreichallee 40 · 48149 Münster
Tel. (02 51) 412 50 60 · Fax (02 51) 412 51 90
www.lbswest.de · presse@lbswest.de

 Finanzgruppe

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.